

# Rheinische Volkszeitung

Wiesbadener Volksblatt

Telegr.-Adr.: Volkszeitung Wiesbaden

Freitag

8  
August

Fernsprecher: 6030 Amt Wiesbaden

Mit religiösem Sonntagsblatt

Die „Rheinische Volkszeitung“ erscheint täglich vormittags 11 Uhr, außer an Sonn- und Feiertagen, in Wiesbaden, Friedrichstraße 20. Zweig-Geschäftsstellen in Oestrich (Ost-Eifel), Marktstraße 2 und Elmville (W. Eifel), Ecke Gutenberg- und Launstraße.  
Verantwortlich: Für Politik und Redaktion: Dr. phil. Franz Gierke; für den anderen redaktionellen Teil: Julius Etienne; Oestrich: für Geschäftsliches und den Anzeigenteil: J. Dahmen; Verlag: Hermann Rauch in Wiesbaden.

Bezugspreis für das Vierteljahr 4,50 Mk., für den Monat 1,50 Mk., frei ins Haus; durch die Post für das Vierteljahr 4,92 Mk., monatlich 1,64 Mk. mit Beleggeld, für Abnehmer monatlich 15 bzw. 14, vierteljährlich 45 bzw. 42 Pfg. billiger. — Anzeigenpreis: 35 Pfg. für die kleine Zeile, für ausw. Anzeigen 40 Pfg., Reklamazeile 2,00 Mk.; bei Wiederholungen entspr. Nachsch. — Schluß der Anzeigenannahme: Für größere Anzeigen Vorabend 4, für kleinere Vorabend 6 Uhr. Postfach-Konto: Nr. 1832 beim Postfachamt Frankfurt a. M.

37. Jahrgang

## Bekanntmachung

Uebereingangs-Vorschriften

zur Regelung des Verkehrs, der Schifffahrt, der Fischerei, der Jagd usw. im Bereich der 10. Armee.  
Um von jetzt an den Gang des täglichen Lebens in den Rheinländern zu erleichtern, hat der Oberbefehlshaber der 10. Armee beschlossen, daß die nachfolgenden Vorschriften im ganzen Bereich der Armee mit dem 6. August 1919 in Wirksamkeit treten:

### 1. Verkehr.

a) Der Verkehr zu Fuß, zu Pferd, zu Wagen, auf dem Fahrrad ist ohne jede Einschränkung tags und nachts frei. Als einziges erforderliches Ausweisstück dient die rote Karte mit dem Stempel der Militärbehörde; zum Betreten des Bereiches der anderen alliierten Armeen bedarf es des Zwischenzonebeweises (sachet interzone).

b) Zum Verkehr mit Kraftfahrzeugen bedarf es eines blauen Erlaubnisheftes. Es wird vom Oberbefehlshaber der Armee ausgestellt. Er kann auf die Dauer von drei Monaten bewilligt werden. Derchein enthält nur die Personalbeschreibung des Führers, sein Bild und die Nummer des Fahrzeuges. Die mitfahrenden Personen müssen ihre gewöhnliche Ausweisurkunde bei sich führen.

c) Den Verkehr mit der Eisenbahn unterliegt folgenden Vorschriften:

1. Zur Reise aus dem besetzten Deutschland nach dem unbesetzten Deutschland: Reisepasse (sachet condail), den der Administrator des Kreises ausstellt. Er kann auf drei Monate laufen.
2. Zur Reise aus dem unbesetzten Deutschland nach dem besetzten Deutschland: Reisepasse, den der Oberbefehlshaber der Armee zu beantragen ist. Er wird für längere Zeit als einen Monat nur nach Anhörung des Kreisadministrators, für längere Zeit ohne eine solche Anhörung.
3. Anträge auf Einreise nach Elsass-Lothringen und nach neutralen Ländern sind bei dem Oberbefehlshaber der Armee zu richten.
4. Für den Aufenthalt im Elsass und in Wiesbaden werden besondere Vorschriften erlassen werden.

d) Anträge auf Aufenthaltserlaubnis im besetzten Deutschland:

Die Niederlassung im besetzten Deutschland kann, nach vorläufiger Prüfung, vom Oberbefehlshaber der Armee gestattet werden.

e) Zur Erleichterung von Sonntags- und Feiertagsausflügen ins besetzte Gebiet werden besondere Erlaubnishefte, die unersetzlich ausgestellt werden können, von den Verbindungsstellen in Frankfurt und Darmstadt solchen Personen und Gesellschaften bewilligt, die darum nachsuchen.

### 2. Café und Wirtschaften.

Im ganzen Armeebereich wird die Stunde des Wirtschaftsschlusses für Café und Wirtschaften auf Mitternacht verlegt.

### 3. Jagd.

a) Jagdmassen und Waffen aus Sammlungen werden ihren Eigentümern zurückgegeben.

b) Die Erlaubnis zur Jagd wird Einzelpersonen und Gesellschaften auf Antrag wieder erteilt. Sie wird von den Kreisadministratoren bewilligt.

c) Den Jagdhörnern, Feldhörnern und Hirschhörnern werden ihre Waffen einzuweisen wiederzugeben. Der Oberbefehlshaber der Armee behält sich jedoch das Recht vor, sie ihnen wieder abzunehmen, falls es zu seiner Kenntnis käme, daß aus der Tatsache der Bewaffnung sich Unzutrefflichkeiten ergeben.

### 4. Fischerei und Raubfischerei.

a) Das Recht zur Fischerei wird Einzelpersonen und Gesellschaften im ganzen Armeebereich wieder eingeräumt, außer auf den Strecken des Rheinflusses, die die Grenze zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland bilden.

Die Fischerei zur Raubfischerei, mit Ausnahme des Salmenfangs, bleibt untersagt.

b) Das Recht zur Raubfischerei wird Einzelpersonen und Gesellschaften im ganzen Armeebereich wieder eingeräumt, außer auf den Strecken des Rheinflusses, die die Grenze zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland bilden.

Die Raubfischerei zur Raubfischerei bleibt untersagt.

### 5. Rückwanderung.

Die Rückwanderung erfolgt nach wie vor durch das Griesheimer Lager.

a) Personen, die vor dem 1. August 1914 im besetzten Gebiet ansässig waren, können zurückwandern, ohne daß es einer anderen Identifizierung als der Durchsicht ihrer Papiere und der Bestätigung der Identität bedarf. Sie brauchen nicht im Lager zu bleiben.

b) Personen, die vor dem 1. August nicht im besetzten Gebiet ansässig waren, müssen die vorgängigen Erlaubnis des Oberbefehlshabers der Armee erhalten, die nach Anhörung des Administrators des Kreises erteilt wird, in dem sie sich niederzulassen wünschen.

c) Die Rückwanderung der Elsass-Lothringer und der Einwohner des Saargebietes bleibt der vorgängigen Erlaubnis der Kommandatur der Republik in Metz und Straßburg und des Oberadministrators der Saar unterworfen.

### 6. Telefon.

Der Gebrauch des Telefons ist im ganzen Armeebereich frei. Renenlagen werden von den Kreisadministratoren angelassen.

## Der angebliche Friedensfühler Englands

Mz. Berlin, 7. Aug. Ueber den englischen Friedensfühler veröffentlicht die „Post“ eine Idee von dem früheren Reichskanzler Michaelis nach einer Besprechung mit den Vertretern der früheren Obersten Decksleitung und dem früheren Staatsminister Helfrich in Gemeinschaft mit diesem gegebene Darstellung, die in ihrem Inhaltlichen Teil folgendermaßen lautet:

Am 5. September 1917 ging in Berlin das Schreiben des apostolischen Nuntius in München an den Reichskanzler ein, das auf Grund einer in Abschrift beiliegenden Mitteilung der britischen Regierung an den britischen Gesandten beim Vatikan der kaiserlichen Regierung eine Erklärung über ihre Absichten bezüglich Belgiens nachlegte und dabei als Uebereingangs-Vorschriften des Kardinalstaatssekretärs auslief, daß durch eine befristete Erklärung ein bedeutender Schritt zu weiterer Entwicklung der Verhandlungen gemacht würde. Ich war mit dem damaligen Staatssekretär des Auswärtigen, Herrn v. Kühlmann, mit dem ich alsbald das Schreiben des Nuntius eingehend besprach, der Meinung, daß angesichts des begleitenden Kommentars des Kardinalstaatssekretärs zwar die harte Möglichkeit eines ernsthaften qualitativen Friedensfühlers vorliege, daß jedoch aus dem von dem Nuntius mitgeteilten Text der Mitteilung des Nuntius Office an den britischen Gesandten beim Vatikan sich nicht mit der für die Abgabe der gewünschten Erklärung über Belgien erforderlichen Sicherheit die Ernsthaftigkeit der englischen Bereitschaft ergebe, auf einer für Deutschland im übrigen ausnehmenden Grundlage in Friedensverhandlungen einzutreten. Deshalb habe ich mit Herrn von Kühlmann vereinbart, daß zunächst durch einen von Herrn v. Kühlmann vorgeschlagenen neutralen Diplomaten die englische Regierung auf ihre Bereitschaft sondiert werden solle. Um der politischen Leitung für diese Aktion die nötige Beweismittel zu sichern, erstehen mir eine alle Instanzen bindende Entscheidung des Kaisers erforderlich. Diese Entscheidung habe ich in dem am 11. September 1917 im Schloss Bellevue in Berlin abgehaltenen Kronrat eingeholt.

Mit dem Staatssekretär des Auswärtigen war ich der Ansicht, daß der Schritt des Münchener Nuntius die vorläufige und diskretionäre Behandlung erfordere. Es wurde deshalb sowohl den Ministern und Staatssekretären wie auch den Vertretern der Obersten Decksleitung nur die Tatsache mitgeteilt, daß von neutraler Seite beim Reichskanzler ein Schritt unternommen worden sei, der auf einen englischen Friedensfühler schließen lasse, und daß die Wiederherstellung der territorialen Integrität und der Souveränität Belgiens als Voraussetzung für das Betreten dieses Weges bezeichnet werde. Dagegen wurde weder im Kronrat noch in dem vorher und nachher erfolgten Besprechungen eine Mitteilung über den Weg gemacht, auf dem die Angelegenheit auf die politische Leitung gelangt war, noch auch über den Weg, auf dem die Angelegenheit weiter verfolgt werden sollte. Im Kronrat vom 11. September beantragte ich mit Unterstützung des Staatssekretärs des Auswärtigen die feierliche Ermächtigung, gegebenenfalls erklären zu dürfen, daß Deutschland zur Wiederherstellung der territorialen Integrität und der Souveränität Belgiens bereit sei. Nachdem der Kaiser die Vertreter der Armee und der Marine angehört hatte, ihre Ansichten über die für die Beurteilung dieser Frage in Betracht kommenden militärischen und maritimen Gesichtspunkte vorzutragen, sprach sich der Chef des Admiralstabes dafür aus, daß die händliche Ruhe in deutscher Hand bleiben müsse. Die Vertreter der Obersten Decksleitung legten die militärischen Gründe dar, die in Aussicht auf die exponierte Lage des für die Kriegsführung durch seine kriegswirtschaftlichen Ergebnisse unentbehrlichen rheinisch-westfälischen Industriegebietes und die spätere Verteidigungsmöglichkeit des Reiches die militärische Kontrolle über Elsass und Lotharing erwünscht erscheinen ließen. Der Kaiser entschied im Sinne meines Antrages mit dem Vorbehalt einer erneuten Prüfung, falls der Verzicht auf Belgien nicht bis zum Jahresende den Frieden sichern und so einen neuen Kriegswinter ersparen sollte. Auf dieser Grundlage habe ich den Staatssekretär des Auswärtigen beauftragt, seinen neutralen Vertrauensmann zu instruieren. Dem neutralen Vertrauensmann wurde in meinem Auftrag weiter eröffnet, außerorts sei Voraussetzung für Verhandlungen mit England: Die Erhaltung unseres Reichsgebietes vor dem Kriege, einschließlich der Kolonien, der Verzicht auf Entschädigungen und die Abnahme von dem Weltkriege nach dem Kriege. Der von dem Reichsministerpräsidenten Bauer veröffentlichte Briefwechsel zwischen mir und dem Feldmarschall v. Hindenburg vom 12.

und 15. September 1917, der übrigens in der amtlichen Wiedergabe um die für das Verständnis wichtigen Schlüsselwörter meines Schreibens gekürzt ist, ändert an diesem Sachverhalt nichts. Es handelte sich bei den militärischen ebenso wie bei den wirtschaftlichen Wünschen hinsichtlich Belgiens nicht um Vorbehalte, die gegenüber England gemacht, sondern um Ziele, die in Verhandlungen mit Belgien selbst angekrebt werden sollten. Die dem Brief des Feldmarschalls beifügte Denkschrift des Generals Ludendorff vom 11. September 1917 hatte ohnedies nur den Zweck einer schriftlichen Niederlegung seiner im Kronrat gemachten Ausführungen, wie das auch aus ihren Eingangsworten deutlich hervorgeht. Die Aktion des neutralen Vertrauensmannes ist durch diese Dinge in keiner Weise eingeeignet oder erschwert worden. Sie führte jedoch schließlich zu einem durchaus negativen Ergebnis. Es stellte sich heraus, daß auf der von der deutschen politischen Leitung umfassenen Grundlage, die durchaus der Reichstagsresolution vom 19. Juli 1917 entsprach, bei der britischen Regierung keinerlei Bereitschaft zu Friedensverhandlungen bestand. Daraus ergab sich, daß der Kardinalstaatssekretär und der Apostolische Nuntius in München der Mitteilung des Nuntius Office an den britischen Gesandten beim Vatikan eine dieser Mitteilung nicht zukommende Bedeutung beigelegt hatten.

Ich weise somit die gegen mich erhobenen Vorwürfe zurück, in meiner Eigenschaft als Reichskanzler irgend etwas verheimlicht zu haben, was bei dem Vorliegen einer ernstlichen Verhandlungsbereitschaft Englands hätte zum Frieden führen können. Deswegen weise ich die gegen den Feldmarschall v. Hindenburg, den General Ludendorff und den damaligen Stellvertreter des Reichskanzlers Dr. Helfrich erhobenen Anschuldigungen zurück. Diese Herren waren sämtlich an der diplomatischen Aktion in keiner Weise beteiligt. Sie haben nichts getan, wodurch die auf den Frieden gerichtete Aktion der politischen Leitung in irgendeiner Weise durchkreuzt oder erschwert worden wäre. Mit den genannten Herren spreche ich die Uebereingangs-Vorschriften aus, daß die Durchführung einer Neuherstellung des früheren Staatssekretärs des Auswärtigen v. Kühlmann, in dessen Händen die diplomatische Durchführung der Aktion lag, die obige Darstellung bekräftigen würde. Ich halte mit den genannten Herren diese Neuherstellung für nötig, um zur Verurteilung großer Teile des deutschen Volkes beizutragen, die durch die wahrheitswidrige Darstellung des Reichsfinanzministers in Erregung versetzt worden sind. aus Michaelis.

Die Unterzeichneten bestätigen, daß die obige Darstellung, soweit sich die Dinge unter ihrer Mitwirkung und mit ihrer Kenntnis ereignet haben, in allen Punkten den tatsächlichen Vorgängen entspricht. aus v. Hindenburg, aus Ludendorff, aus Helfrich.

## Was Weimar zu sagen hat

Mz. Weimar, 7. August. Von ausländischer Seite wird uns mitgeteilt: Der englische Friedensfühler vom August 1917, den noch vor wenigen Tagen der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis in einem offenen Briefe an die Presse ausbreitete, ist als Friedensfühler bezeichnet, wird auf Grund einer kurzen Neuherstellung von der deutschen rechtsstehenden Presse nunmehr einfach weggelesen. Alle diese Verluste werden scheitern. Der englische Friedensfühler ist eine historische Tatsache. Er bestand aus einer mit ausdrücklicher Zustimmung Frankreichs durch Vermittlung des apostolischen Nuntius an die deutsche Regierung überreichten Anfrage Englands nach den deutschen Kriegsziele, insbesondere nach einer einwandfreien Erklärung über Belgien. Sei diese Erklärung bekräftigend, so heißt es ausdrücklich in dem Schreiben des Nuntius Baccell an den Reichskanzler Michaelis vom 30. August 1917, so meint es. Eminenz der Kardinalstaatssekretär, daß ein bedeutender Schritt zu einer weiteren Entwicklung der Verhandlungen gemacht wäre. Und der Nuntius sagte seinerseits hinzu, daß durch eine verbindliche Antwort der gute Fortgang der Friedensverhandlungen erleichtert werde. Mein Parteimanager wird insinuiert sein, über diesen Wortlaut eines zu dem ausgesprochenen Zweck der Friedensvermittlung geschriebenen und überreichten amtlichen Schriftstücks einer neutralen Macht hinwegzusehen. Keine Propaganda wird die Tatsache und der Welt schenken können, daß die deutsche Regierung unter dem Einfluß der Obersten Decksleitung und der hinter ihr stehenden ausländischen Kreise diese Erklärung über Belgien nicht gab und dadurch die Friedensmöglichkeit verscherzte.

## Ungarns Erneuerung

\* Mehr als vier Monate hindurch haben einige dunkle Geister mit brutaler Gewalt die Diktatur in Ungarn aufrecht erhalten. Als sie von der Schaubühne des politischen Lebens abtraten, glaubten einige sozialdemokratische Führer, nur die Nation ihre Vertreter wählen zu müssen. Bis die Nation ihre Vertreter wählte, beanspruchten eben die Sozialdemokraten, daß sie aus eigenem Recht als die Träger der Geschichte des Landes anerkannt würden. Das ist die bekannte sozialdemokratische Annahme, die wir ja auch in Deutschland genügend beobachtet haben. Nach dem 9. November hatte in Deutsch-

land nur der etwas zu sagen, welcher der Mehrheitspartei oder den unabhängigen oder beiden gleichgültig — was in vielen Fällen vorkam — angehörte. Diesen Zustand hätte man am liebsten vermieden. Nur unter dem unaufhörlichen Druck des Bürgerkriegs sah sich die Sozialdemokratie schließlich genötigt, die Wahlen anzuerkennen. Sie war mit Blindheit geschlagen, denn Wahlen hätten ihr im Anfang Dezember noch eine Mehrheit gebracht. Indes die Erkenntnis, daß auch die Herren Genossen mit Wasser kochen, daß sie nur hart im Niederreißen, nicht aber im Aufbauen sind, trieb manchen Mithrasriten wieder in das bürgerliche Lager zurück. So kam eine bürgerliche Mehrheit. Anzweifeln hat der Jung noch recht dauernd angehalten. In Ungarn ist es wohl ausgedehnter, daß die Sozialdemokratie eine Mehrheit hinter sich hat, denn das Land ist rein agrarisch. Um so dreister war der Anbruch, alle Regierungsgewalt in die Hand zu nehmen. Die Entente hat der Entwicklung der Dinge nicht lange zugehört, sondern den Rücktritt des sozialdemokratischen Ministeriums verlangt. Dann übertrug die Entente mission die oberste Gewalt dem Erzherzog Joseph, der nun gewissermaßen als Ungarns Diktator in Budapest residiert. Ram wird wohl noch gelegentlich erfahren, warum das sozialdemokratische Ministerium so schnell von der Bildfläche verschwand. Erzherzog Joseph hat eine Regierung gebildet, an deren Spitze einmal Radikale, zum anderen aber Männer stehen, die im ganzen Lande bekannt sind und sich großen Ansehens erfreuen. Das Haupt ist reformiert, ich würde ich die Reform auf die Massen ausdehnen haben. Der Bruder aller Ungarn, nämlich Budapest, wurde inzwischen von Ententeuppen besetzt, (sachet weitere blutige Unruhen nicht zu befürchten sind. Auf dem klaren Lande dagegen wurde auch während der Rätezeit gearbeitet. Die Stunde der Erneuerung Ungarns hat also geschlagen.

Ungarn hat es nötig, jetzt zu Ruhe und Arbeit zu kommen. Die Kaiserin-Königin Elisabeth legen dem Lande Verpflichtungen auf, die nur bei unverbesserter Arbeit erfüllt werden können. So müssen allein 50 Prozent des beweglichen Güterbestandes an Rumänien abgeliefert werden, 30 Prozent des Viehbestandes, 30 Prozent aller in Ungarn befindlichen landwirtschaftlichen Maschinen, sodann 20000 Waggons Getreide, 10000 Waggons Mais und 5000 Waggons Gerste. Das sind Forderungen, die sich lösen lassen können und billigem Annehmlichkeit, weil ihm nach der vorangegangenen Wirtschaft der Kaiserrepublik keine andere Möglichkeit übrig bleibt. In dieser Zeit würde eine sozialdemokratische Partei Regierung völlig versagen. Denn eine Parteiregierung müßte darauf sehen, daß sie bei den bevorstehenden Wahlen die Mehrheit bekomme. Sie müßte also den Massen schmeicheln und auf diese Weise kann dann nicht wieder aufgebaut werden. Ein Diktator ist dazu für Ungarn der Retter aus der Not. Nur so kann es auch gelingen, endlich den revolutionären Zündstoff zu beseitigen und damit Ungarn selbst wie der Welt zu dienen. Denn verzichtet bereits darauf, auf die Weltrevolution zu spekulieren. Er hat wohl gesehen, daß seine Gedanken Utopien sind und an der harten Wirklichkeit scheitern. Die neue, nicht sozialdemokratische Regierung in Ungarn wird in der Lage sein, in erheblichem Maße zur Gesundung der Welt mit beizutragen.

### Ein Diktator in Ungarn

Mz. Budapest, 6. August. (Ungar. Korresp.) Heute abend um 7 Uhr erschienen im Ministerpräsidenten General Schöcker, Polizeibereichsleiter Wolfenberger, der frühere Sekretär des Nationalrates Dr. Zrinyi und der gewesene Sektionschef im ungarischen Kriegsministerium Solldern und forderten die eben zur Beratung versammelten Minister auf, abzuhauen, mit der Begründung, daß die Regierung nicht die Mehrheit der Nation vertrete. Nach kurzer Beratung beschloß die Regierung, zu demissionieren. Die Entente mission übertrug die oberste Gewalt dem Erzherzog Josef, der den gewesenen Sektionschef im Kriegsministerium Stefan Friedrich zum Ministerpräsidenten ernannte. Mit der Leitung des Kriegsministeriums wurde General Schöcker betraut. In der Stadt herrscht Ruhe. Die Mission der Entente mission hielt am Abend eine Beratung ab, zu der Erzherzog Josef und Ministerpräsident Friedrich zugezogen waren. Die Beratung galt den schwersten Fragen, wobei volles Einvernehmen erzielt wurde. Der Präsident der Friedenskommission Clemenceau und die ausländischen Regierungen wurden von dem Ergebnis der Beratung sofort verständigt.

### Kabinettsbildung

Mz. Budapest, 7. Aug. Hier ist eine Umbildung des Erzherzogs Josef angeschlossen, in der es u. a. heißt: Es droht eine Katastrophe, wenn die ungarische Intelligenz nicht vereint mit der nächsten Arbeiterschaft und den arbeitenden Völkern mit harter Hand Ordnung schafft. Eine weitere Umbildung gibt folgende Mitglieder des vorläufigen Kabinetts an: Ministerpräsident der frühere Staatssekretär für Heereswesen Friedrich, Inneres Samassa, Außeres General Tancos, Kultus und Unterricht Dr. Zure, Krieg General Schöcker, Handel und Gewerbe interimistisch Friedrich, Finanzen Dr. Grün, Volkshygiene Dr. Gyllen, Ernährung interimistisch, Ministerium der nationalen Kinderarbeiten Dr. Hener, Justiz Dr. Szasz, Ackerbau Dr. Goores. In einigen Tagen soll ein Uebereingangsministerium nach Anhörung der Bürgerchaft und des arbeitenden Volkes und der Arbeiterschaft gebildet werden.

Die vorstehende Anweisung befreit und ersetzt die bisher im Armeebereich geltenden Bestimmungen.

Der Oberbefehlshaber der 10. Armee.

aus: G. H. Rausch.

## Bekanntmachung

Der kommandierende General der X. Armee verfügt, daß die Kontrollversammlungen der Zivilisierungen von jetzt an in dem ganzen Gebiet der X. Armee wegfallen.

L'Administrateur du Cercle de Wiesbaden-Ville  
Signé: TOUSSAN.

## Die österreichische Antwortnote

Wien, 7. August. Die österreichische Antwortnote auf die Friedensbedingungen der Entente bezieht sich auf die einzelnen Punkte. Was die Grenzfrage anbelangt, so habe sich Österreich dem Nationalitätsprinzip und dem Selbstbestimmungsrecht der Völker angeschlossen. Es müsse nunmehr die Verantwortung abgelehnt und den Folgen der Entscheidung der Zukunft anheim gegeben werden.

Wenn die Gebietsforderungen durch Österreich in jenem Mindestmaß erfüllt würden, in dem sie in der Anlage der Note aufrechterhalten würden, so wolle Österreich sich selbst überlassen, darüber zu entscheiden, ob es mit diesem Gebiete selbständig und in Frieden bestehen könne. Es erwarte dabei, daß es der Völkerbund in den Stunden der Bedrängnis hören werde. Dagegen sei es schon jetzt sehr überzeugt, daß es die in dem Vertrag aufgeführten ökonomischen Forderungen tragen könne und daß es zusammenbrechen würde, wenn sie nicht wesentlich gemildert würden. Die Note geht im Einzelnen auf jene wirtschaftlichen und finanziellen Bestimmungen des Vertragsvertrags ein, die veränderlich wirken würden, wenn sie unverändert bestehen blieben. Es wird daher beantragt, Art. 163 des Friedensvertrages durch folgenden Zusatz zu ergänzen: Ueber die Vermögens- und Einkommensverhältnisse der Bevölkerung der im ersten Absatz bezeichneten Gebiete, die in Österreich liegen, ist die österreichische Regierung verpflichtet, die Vermögens- und Einkommensverhältnisse der Bevölkerung der im ersten Absatz bezeichneten Gebiete, die in Österreich liegen, zu ermitteln und zu veröffentlichen.

Die Verpflichtungen, die sich für die Staatsbürger Österreichs aus dem ersten Absatz ergeben, sind in der Haltung einbezogen und können nur im Wege der Reparationskommission geltend gemacht werden. Die Reparationskommission wird diese Haltung unter Wahrung der Lebensnotwendigkeiten des österreichischen Volkes regeln und dafür Sorge tragen, daß Vermögens- und Einkommensverhältnisse, die diesem Zwecke gewidmet sind, rationell verwendet werden. Die Note erinnert ferner daran, daß die Friedensdeklaration wiederholt darauf gedrungen habe, die finanziellen Auseinandersetzungen zwischen den Gebieten der früheren Monarchie einer Kommission anzuvertrauen. Was die Verteilung der Schulden anlangt, so würden die beteiligten Staaten des Vertrags, wenn sie unverändert blieben, den Staat und seine Bürger in einen ganz ungerechten Bankrott treiben und die Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung unmöglich machen. Da dies nicht die Absicht der Alliierten sein könne, müsse verhindert werden, den wahren Inhalt und die Folgen dieser Bestimmungen klar zu stellen. Die Friedenskonferenz könne die Höhe der nicht in Titres bestehenden Schulden des früheren österreichischen Staates unmöglich geklärt haben, da sie sonst gewiß nicht die alleinige Haftung Österreichs verlangt hätten. Die Note warnt daher, einen gescheiterten Präzedenzfall dadurch zu schaffen, daß man die Staaten, welche Teile der alten Monarchie übernahmen, von der Zahlung des entsprechenden Schuldanteils befreite. Rückstand gegenüber habe die Entente einen anderen Standpunkt eingenommen. Was die Kriegsschulden anging, würden die Verpflichtungen des alten Österreichs für 4 von 10 Millionen Einwohnern als nicht bindend erklärt, während die Verpflichtungen Österreichs ganz die gleichen seien wie die der anderen Nachfolgestaaten. Wenn ein Reich in Teile aufgelöst werde, wie dies bei Österreich geschehe, könne nicht erklärt werden, daß vier Fünftel seiner Staatsangehörigen keinen Anteil an der Schuld der Verpflichtungen des ehemaligen Staates hätten. Rechtlich und ökonomisch sei es selbstverständlich, daß sich alle Zuteilungsschulden in ihrer Gesamtheit in die Schulden der alten Monarchie zu teilen hätten. Abgesehen von der Bankrottschuld ergäbe sich aus den Klauseln des Friedensvertrages für Österreich eine Schuldlast von rund vierzig Milliarden. Die Gesamtsumme der österreichischen Schulden, die nach dem alten Stande 2½ Milliarden betragen würden, reichten gerade hin, um die Schuldzinsen zu decken, ohne daß irgend etwas für die unbedingt notwendigen Staatsausgaben übrig bliebe. Offenbar hätten die Großmächte die Höhe der österreichischen auferlegten Schuldsumme nicht gekannt, denn sonst hätten die Österreich anerkennenden Bedingungen nur den Sinn haben, daß die Mächte den Bankrott Österreichs ohnedies für unermesslich hielten und glaubten, es komme nicht mehr darauf an, wie groß das ihm zugewiesene Schuldquantum sei.

Die österreichische Antwortnote beantragt weiter, daß die Aufteilung der Schulden auf die Gebiete des alten österreichischen Staates nach einem gerechten Maßstab der Reparationskommission überlassen werden solle. Weiter weist die Note darauf hin, daß durch Art. 162 der Österreichischen Republik ein ganz unerträglich großer Teil der über 50 Milliarden betragenden Kriegsschulden zugewiesen werde und daß insbesondere die Bestimmungen, wonach außerhalb

des Gebietes von Österreich-Ungarn befindliche Banknoten, Devisen, Österreich und Ungarn belassen sollen, ein Ding der Unmöglichkeit sei. Ferner sei nicht abzusehen, wie die Abtretung der Gebiete in Ungarn innerhalb der angegebenen Frist vorgenommen werden solle. Die Delegation schlage daher vor, die Regelung dieser Frage der einzuliefernden Liquidationskommission zu übertragen und die Noten auf die einzelnen Staaten nach Maßgabe ihrer Zirkulation aufzuteilen. Sodann macht die Note aufmerksam, daß die deutsch-österreichischen Schuldner ihre im Ausland kontrahierten Schulden nur bei Gewährung langjähriger Fristen und neuer Kreditwürden begleichen können. Erhebungen bei einigen Wiener Banken hätten ergeben, daß Angehörige der Nationalstaaten bei ihnen 90 Millionen Guthaben besäßen, für die nach dem Umrechnungskurs 2500 Millionen zu bezahlen wären. Der Verlust betrage das Dreifache des ganzen Kapitals dieser Banken und müßte zu deren Bankrott führen. Ebenso würde es zahllosen Einzelverleuten und Firmen ergeben. Zum Schluß weist die Note darauf hin, daß Österreich dem Sieger gegenüber zu jeder abgetragenen Leistung gehalten sei, daß aber mit den Nachfolgestaaten es sich nach Friedensrecht oder mindestens nach nachbarschaftlichen Rücksichten auszuwirken habe. Die Erfüllung dieser ihm nicht unmöglich gemacht werden. Es sei von unbestreitbarem Wert für alle Zeiten, die Mitglieder der deutsch-österreichischen Abordnung anzuhören und sie zur mündlichen Aufklärung in den zuständigen Ausschuss zu berufen.

## Die Erbschaftsteuer

Wien, 6. August. Der 10. Ausschuss der Nationalversammlung veranlaßt heute eine Generaldebatte über die Erbschaft- und Erbschaftsteuer und erklärte sich im allgemeinen zur Regierungsvorlage zustimmend. In drei Fragen traten erhebliche Meinungsverschiedenheiten auf. Eine längere Verhandlung gab es über die Besteuerung der Toten Hand. Der Reichsfinanzminister Erzberger erklärte sich nicht grundsätzlich dagegen, auch die Toten Hand zu besteuern, leitete aber aus dieser Besteuerung die Forderung ab, daß dann auch alle Aktiengesellschaften, Vereine, politischen Organisationen usw. besteuert werden müßten. Er will also offenbar den Gedanken der Besteuerung der Toten Hand zurückstellen bis zum Abschluß der zweiten Lesung, weil sie offenbar nicht in das Gesetz hineingehe. Sie soll in einem besonderen Abschnitt geregelt werden. Die Frage, ob die Besteuerung nach dem Ertrag oder nach dem gemeinen Wert erfolgen soll, gab zu längeren Auseinandersetzungen Anlass. Dabei zeigte es sich, daß alle Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokratie, die Meinung hatten, daß es im Interesse einer sozialen und wirtschaftlichen Steuererechtigkeit notwendig sei, im Gegensatz zur Regierungsvorlage, die den gemeinen Wert vorschreibt, zur Erbschaftsteuer zurückzuführen. Der Reichsfinanzminister Erzberger wies es, namentlich im Hinblick auf die abnehmende Haltung des Zentrums, nicht, sich gegenüber den bürgerlichen Parteien vollständig ablenkend zu verhalten, äußerte aber die Ansicht, es müsse eine Formel gefunden werden, die für alle noch kommenden Gesetze Gültigkeit habe. Hinsichtlich der Besteuerung des Mobilienfonds schlug der Unabhängige Baum vor, jedes Mobilienkonto im Werte von über 5000 Mark der Steuer zu unterwerfen, was aber den Antrag zurückwies, um sich weitere Anträge für die zweite Lesung vorzubehalten. Angenommen wurde ein Antrag des Liberalen Dr. Feder, dessen, alles Mobilien im Gesamtwerte von über 50000 Mark zu besteuern, um damit diejenigen Leute zu treffen, die ihr Vermögen in Kunstwerken, Juwelen usw. angelegt hätten.

## Die Steuerhoheit des Reiches

Wien, 7. August. Dem Reichsfinanzminister Erzberger ist es gestern gelungen, den Widerspruch der Einzelstaaten gegen die in der Abgabeverordnung festgelegte reichsweite Steuerverwaltung zu überwinden. In der gestrigen Sitzung des Staatenausschusses gab ein Antrag Preußens den Ausschlag, der zwar die Reichsfinanzverwaltung in ihrer gestörten Selbstständigkeit etwas einschränkt, im großen und ganzen aber die reichsweite Steuerverwaltung unangefastet läßt. Dieser Antrag, der Annahme fand, verlangte, daß den Staaten und Gemeinden aus der Reichseinkommensteuer ein Anteil zurückverbleibe, der dem Durchschnittsvertrag einer bestimmten Anzahl von Jahren entspreche. Nachdem Preußen nach der Annahme dieses Antrags seinen Widerstand

gegen die reichsweite Steuerverwaltung nicht aufrecht erhielt, haben auch weitere Staaten ihre ablehnende Haltung gegen die reichsweite Steuerverwaltung aufgegeben, die in der Schlussabstimmung gegen die Stimmen Bayerns, Sachsens und Württembergs angenommen wurde. Die Reichssteuerhoheit soll bereits zum 1. Oktober eingerichtet werden. Deshalb wird sofort mit der Ausbildung von Finanzbeamten dafür begonnen.

## Die Kohlen-Krisis

Wien, 7. August. Unter dem Vorherrschaft des Reichsministerspräsidenten Bauer fand am Mittwochvormittag 10 Uhr in der Reichskanzlei zwischen den Vertretern der beteiligten Reichs- und Staatsministerien, sowie einer Anzahl von Vertretern der Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eine Besprechung über die Möglichkeit der Erhöhung der deutschen Kohlenproduktion statt. Von sämtlichen Rednern wurde auf den Ernst der Lage hingewiesen. Einen starken Eindruck machten insbesondere die Ausführungen des preussischen Eisenbahnministers. Dieser betonte, daß schon jetzt durch den Rückgang der Produktion eine Kohlenkrise herrsche, die zunehmend sich verschärfen werde, und das Verkehrswesen wie auch die Industrien lahmlegen drohe. Die Eisenbahnen hätten im Durchschnitt nur noch Vorräte für 8 bis 14 Tage. Es müsse ernstlich mit der Notwendigkeit gerechnet werden, den Personenverkehr wiederum stark einzuschränken. Wenn schon jetzt die innere Kohlenversorgung Deutschlands durch die laufende Produktion unzulänglich ist, so kommt künftig als erschwerender Faktor die durch den Friedensvertrag bedingte Kohlenabgabe an die Entente hinzu. Deutschland ist aber verpflichtet und gewillt, diese im Friedensvertrag begründeten Kohlenforderungen zu erfüllen, soweit dies überhaupt im menschlichen Vermögen liegt. Eine Ausfuhrmöglichkeit von Kohlen nach Deutschland besteht nicht, weil auch die Ententeländer in hohem Maße von der Kohlennot betroffen worden sind. Auch ist es nicht ersichtlich, wie eine solche Einfuhr bezahlt werden könnte. Im kommenden Winter wird daher Deutschland auf jeden Fall in der Dinstadt auf das Einfuhrmaterial, die einheimischen Einfuhrleistungen auflegen müssen. Er wird eine Kohlennot von größter Größe mit ganz unermesslichen Leiden und Entbehrungen für die Bevölkerung bringen. Man war in der Besprechung allgemein der Ansicht, daß deshalb unter allen Umständen und um jeden Preis alles getan werden müsse, die deutsche Kohlenproduktion zu steigern. Aus den Kreisen der Anwesenden wurde eine Fülle von Anregungen in dieser Hinsicht gegeben. Zur eingehenden Prüfung aller Vorschläge wurde eine Kommission aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Kohlenindustrien eingesetzt, die unter dem Vorherrschaft des Reichsarbeitsministers schon am Donnerstag früh ihre Arbeit aufnehmen wird.

## Zur Kohlenförderung

Wien, 8. August. Die Frage der Kohlenversorgung Frankreichs ist Gegenstand ernster Erörterungen der wirtschaftlichen Stellen. Der Oberste Wirtschaftsrat hat die Kohlenfrage mit Hoover besprochen. Dieser erklärte, man dürfe nicht auf eine Kohleneinfuhr aus Amerika rechnen. Abgesehen von dem mangelnden Schiffsraum sei auch in Amerika die Kohlenförderung sehr gesunken. Daraufhin hat der Oberste Wirtschaftsrat eine besondere Organisation für die europäischen Staaten, den internationalen Rat für Kohlenförderung und -verteilung, beschlossen. Dieser Rat wird durch eine sehr starke Kontrolle der Bergwerke bewacht sein, die Erzeugung nach Möglichkeit zu heben und da, wo die Kohlenförderung nicht intensiv genug ist, durch Maßnahmen, die noch nicht ausgearbeitet werden konnten, nachzusehen, ferner den Produzenten Arbeitskräfte zur Verfügung stellen, sowie eine große Auswanderungsbewegung aus der Arbeitslosigkeit polnischer und tschechischer Arbeiter ins Leben rufen und durch freie Beträge und Käufe verhindern, die Kohleneinfuhr aus Westfalen und Schlesien zu sichern und zwar abgesehen von den Kohlenmengen, die Deutschland vertraglich zu liefern hat. Dieser internationalisierte Kohlenrat wird aus je einem Vertreter aller interessierten Länder bestehen. Die erste Zusammenkunft findet kommenden Freitag oder Samstag statt.

Der erste Dampfer nach Amerika. Hamburg, 8. August. Die „Hollische“ meldet: Gestern Abend ist der erste Dampfer von Deutschland direkt nach Amerika in See gegangen. Es ist der amerikanische Frachtdampfer „Ceres“ von der Kero-Linie, der mit Kohlen und Braunkohle nach New York verläuft. Damit ist der direkte Schiffsverkehr zwischen Hamburg und Amerika eröffnet.

## Wohnungsfrage und Bautätigkeit

Wien, 6. August. Wie verlautet, hat die preussische Regierung dem Minister für Volkswirtschaft eine Note von 50 Millionen Mark für das Wohnungswesen und die Wiederbelebung der Bautätigkeit überwiesen.

## Menterei polnischer Truppen

Wien, 5. August. Dieser Tage war aus Thorn gemeldet worden, daß der Hochkommandierende der polnischen Truppen in Polen, General Rusnik, den Oberbefehl niedergelegt habe wegen Unstimmigkeiten im Offizierskorps. Dazu wird jetzt aus Bromberg gemeldet, daß der wahre Grund seines Rücktritts in blutigen Revolten der polnischen Truppen zu suchen ist, die in Polen, Ostpreußen, dem Truppenübungsplatz Barthelager und teilweise auch an der Front ausgebrochen sind. Ganze Kompanien und Bataillone sollen den Gehorsam verweigert und ihre Offiziere mißhandelt haben. Im Barthelager sollen sogar Offiziere, die mit Waffengewalt vorzugehen versuchten, erschossen oder schwer verwundet worden sein. Als Grund dieser Unruhen wird angegeben, daß General Rusnik in steigendem Maße versuche, den früheren russischen Kadavergehorsam und die Behandlung mit der Knute im polnischen Heere wieder einzuführen.

## Streik

Halle, 6. August. Der Salzstreik nimmt seinen Fortgang. Im Bezirk Halle an der Saale streikt die Hälfte der Bergarbeiter, etwa 6000 Mann. Der Streik ist aus rein politischen Beweggründen von den Kohlenwerken gegen die Gewerkschaftsorganisationen der Bergarbeiter angefangen worden. Die Kohlenwerke sind im Ganzen.

## Steuerkraft der neuen Brüder

München, 6. August. Ein Steuerkreis beschäftigt die unabhängige Sozialdemokratie in Bayern. Es bedarf keiner Erwähnung, daß aus einem solchen Kreise, dessen Folgen sich noch gar nicht absehen lassen, die schwersten wirtschaftlichen Erschütterungen entstehen müssen. Ganz abgesehen davon, daß ein Steuerkreis die ganze Finanzwirtschaft der Reichsregierung über den Haufen werfen würde, würde er auch, da die Steuern ausgebaut werden müssen, gerade die arbeitsscheuen und ordnungswidrigen Schichten schwer belasten auf Kosten der arbeitssamen und ordnungstreu. Die zu einem guten Teil das wirtschaftliche Chaos und die hohen Steuern mit verursacht haben.

## Die Rheinische Republik

Wien, 6. August. Die heutige Verammlung des Augustinuss-Bereichs war von etwa 90 Teilnehmern aus allen Teilen des Rheinlandes, rechts- und linksrheinisch, sowie aus der angrenzenden Westfalen, Hessen und Bayern, besucht. Ein eingehendes, einmündiges Referat des Herrn Dr. Doeder stellte naturgemäß die Rheinlande in den Mittelpunkt der Verhandlung und wirkte in dem Vortrage einer Resolution, über welche sich eine lebhafteste Erörterung entspann. Folgende Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen:

1. Die auf eine territoriale Neuordnung unseres Vaterlandes gerichteten Bestrebungen müssen zum Endziel haben die Schaffung eines organischen deutschen Einheitsstaates, der aus möglichst gleichberechtigten und gleichberechtigten Gliedstaaten besteht, die mit möglichst weitgehender Selbstverwaltung ausgestattet sind.
2. Die von der preussischen Regierung vorgeschlagene kleine Erweiterung der Autonomie der Provinzen im Rahmen des bisherigen Preussen muß durchwegs nicht den heutigen Bedürfnissen und berechtigten Ansprüchen, besonders nicht der Rheinlande, die zu gewöhnlicher Autonomie im Rahmen des Deutschen Reiches nicht hinreichend auch erreichen auf weitgehende Selbstverwaltung auf dem gesamten kulturellen Gebiet, auf freie Bewegung der Beamtenstellen mit Wählern, die das Vertrauen des Volkes genießen, und auf möglichst freie wirtschaftliche Betätigung.
3. Der Augustinuss-Bereich ersucht seine Mitglieder, in vorgekommener Richtung für Schaffung eines westdeutschen Gliedstaates tätig zu sein. Auf diese Weise werden auch die Bestrebungen zur Errichtung eines Rheinischen Gliedstaates im Rahmen des Deutschen Reiches am besten ihre Erfüllung finden.

## Das Testament

Russischer Gesellschaftsroman.

Von Hans Weder.

14) So hatte Waldburg gesagt, dabei wohl gemeint: — Du kommst zu viel, mein Junge, das hast du nicht, bist schon ein paarmal nicht gekommen, wenn ich dich rief hätte.

Ja, die Frauen — war er schuld, daß es so schön gab?

Er hatte oft daran gedacht, zu heiraten. Vielleicht würde es dann besser werden, aber doch immer Furcht davor gehabt.

Es hatte sich auch keine passende Partie gefunden, ihn konnte nur eine ganz große Sache retten.

Die Tochter Waldburgs, das wäre etwas gewesen, wenn sie —

Während er vor sich hin grübelte, trübte er mit der Feder auf dem Papier herum, schräg auf, als er sah, was er geschrieben: immer hintereinander, übereinander die Namen Karl Wilhelm Waldburg.

Scheußlich!

Dann verlor er wieder in Nachdenken.

Seit Paris war er in schrecklicher Geldnot. Ein paar Honorare standen noch aus, was half das. Wenn nicht ein Krieseppel kam — aber auch der konnte ihn auf die Dauer nicht über Wasser halten.

Ob Waldburgs Kapitalien wohl noch in Rußland standen?

Der größte Teil gewiß — der Mann hatte doch zweifellos eine gehörige Anzahl Aktien nehmen müssen, als er sein Geschäft in eine russische Aktiengesellschaft umwandelte. Das war doch immer so, Waldburg war ja noch in der Gesellschaft als Verwaltungsrat geblieben —

Säuer brach er damals auch hier, ebenso einen Haufen russischer Wertpapiere — das hatte sich doch nicht gleich alles so heute auf morgen abstoßen lassen, wenn die Waldburgs auch nach Berlin übergekauft waren.

Ehnen übrigens nur so eine Idee, ein Ver-

nach gewesen zu sein, die Familie war doch wieder hier angekommen, sollte im eigenen Lande wohnen —

Also jedenfalls kam die Testamentfrage hier zum Vorschein.

Zunehmend vertiefte er sich in die Sache, schrieb, wie er es gewohnt war, wenn er sich von einem Klienten Details des zu übernehmenden Prozesses geben ließ, kurze Notizen auf einen Zettel, überließ diese, dachte wieder nach, schlug plötzlich mit der rechten Hand auf den Tisch, daß alle Gegenstände, die darauf standen, flirrten und klapperten, die Papiere herumflogen.

Versuchen —

Er steckte den Testamentsentwurf und einige der Briefe zu sich, warf den Rest der Papiere in den Schrank zurück und verließ seine Wohnung.

Sein Wagen stand vor der Tür, er kletterte ein und befahl: „Zum Peterhofen Bahnhof.“

Um 2 Uhr drückte er auf den Knopf der elektrischen Glocke an der Waldburgschen Villa in Peterhof.

„Ich möchte das gnädige Fräulein sprechen.“

Der Diener suchte mit der Schulter:

„Das gnädige Fräulein empfängt niemanden.“

„Hier — geben Sie ihr meine Karte, sagen Sie: In wichtiger, dringender Angelegenheit.“

Der Diener sagte:

„Ich will es versuchen.“

Er nahm die Karte und ging, nach einigen Minuten kam er zurück.

„Das gnädige Fräulein lassen bitten.“

Er führte Karthagin bis zum Zimmer, in dem sich Dora befand, öffnete die Tür und ließ ihn eintreten.

Dora hatte die Karte gelesen:

Nikolai Romanowitsch Karthagin

Beerdigter Rechtsanwalt

stand darauf.

Einen Augenblick hatte sie nachgedacht, dann war ihr eingefallen: — Was früherer Rechtsbeistand. Sie erinnerte sich seiner noch gut, er war oft zu ihren Gesellschaften gekommen.

Ein sehr beliebter Mensch, dabei ein kluger Kopf, wie es von ihm hieß — jedenfalls ein

angenehmer Gesellschaftler. Sie hatte sich gern mit ihm unterhalten.

Das ging ihr so durch den Kopf, auch daß er ein schöner Mann war, aber das alles hätte sie nicht veranlaßt, ihn zu empfangen.

— In wichtiger, dringender Sache — hatte er durch den Diener sagen lassen.

Was konnte er für sie haben, vielleicht — er war Papas Anwalt gewesen, in alles eingeweiht — ihr Herr Hofmeister hätte, ein bestimmtes Hofmännchen hätte sie in ihr.

Vielleicht kam er als Retter, konnte beweisen, daß sie doch die richtige Tochter sei, trotz all der Papiere, die sie gelesen.

Es hatte sich ein Testament gefunden, sie war die Tochter — was hält man in solchem Augenblick nicht alles für möglich!

„Ja, bitten Sie den Herrn herein.“

Karthagin stand vor ihr. Er verbeugte sich tief, nahm ihre Hand und küßte sie.

„Gnädiges Fräulein, vorerst mein innigstes Beileid. Ich war vereitelt, das entschuldigt mich, wenn ich es bei mir auch nicht verantworten kann, daß ich nicht gleich zur Stelle war. Sie müssen mir schon Vergebung erteilen, es ist nichts Verkauft, gleich morgen reiche ich das Testament ein.“

Sie blickte auf, alle ihre Reden waren angefallen, sie brachte kaum die Worte heraus:

„Ein Testament, es ist ein Testament da — ich, ich — wissen Sie denn alles?“

Er verneigte sich:

„Alles — auch das wird geordnet werden — in dem Testament ist ein Vorbemerk darüber.“

„Mein Gott, mein Gott, ist es möglich, ich sollte, ich bin —“

„Ohne Frage,“ gnädiges Fräulein, der Entschluß der Abordnung ist in dem Testament ausgesprochen — das übrige überlassen Sie mir.“

Er trat von ihr zurück, er wollte ihr Zeit lassen, sich zu fassen, ging im Zimmer umher, betrachtete die Bilder an den Wänden, lehnte sich dann wieder zu ihr:

„Daben Sie irgendwelche Papiere gefunden?“

Sie nickte still mit dem Kopfe, eine kleine Rote bedeckte ihr Gesicht, als sie daran denken mußte, was sie gelesen hatte.

„Kann ich die Papiere bekommen?“

Sie zögerte, er half ihr.

„Ich muß Etwas nehmen, vergessen Sie, ein anderer Mensch bekommt davon etwas zu sehen.“

„Ich werde sie holen, Sie sind in meinem Zimmer. Entschuldigen Sie, ich komme gleich wieder.“

Als sie hinausgegangen war, beschaffte er sich im Spiegel: — Donnerwetter, die Geschichte greift an —

Er war fast erregt, aber er hatte sich in der Gewalt, als Dora zurückkam, nahm er ruhig die Papiere und steckte sie in die Tasche.

„So — gnädiges Fräulein — noch etwas: Eine Vollmacht müssen Sie mir geben, hier dieses Papier unterschreiben, die notarielle Bestätigung der Unterfertigung verleihe ich mir.“

Sie suchte nach einer Feder, als sie diese gefunden, zögerte sie.

„Was soll ich schreiben?“

Er sagte schnell:

„Ihren Namen, Dora Falk.“

Sie warf die Feder hin:

„Dora Falk?“

Er verstand sie:

„Es geht vorläufig nicht anders, heute muß es noch so sein — hoffentlich das erste und letzte Mal.“

Er reichte ihr die Feder:

„Bitte, gnädiges Fräulein, es muß sein.“

Während sie schrieb, sagte er:

„Von meinem Besuch bei Ihnen braucht niemand zu wissen, vorläufig nicht, die Gegenpartei, der Bruder Ihres Papas, Sie verstehen, wird es natürlich an Einwendungen nicht fehlen lassen, ich habe in der Stadt alles mögliche gehört. Aber man fällt sich nicht sicher — Sie brauchen nichts zu fürchten, das Recht ist auf Ihrer Seite.“

Er wollte gehen, küßte ihr wieder die Hand, blieb dann doch noch vor ihr stehen. Dabei behielt er ihre Hand in der seinigen:

„Bitten Sie, gnädiges Fräulein, daß es mir eigentlich leid tut.“

Sie verstand ihn nicht:

„Leid tut, was?“

„Daß Sie eine so reiche Erbin sind.“

(Fortsetzung folgt.)

Ernst Brasch, Rechtsanwalt

# J. Bacharach

Wiesbaden  
4 Webergasse 4

## Verkauf sämtlicher Sommerwaren

Batist-Leinenkleider, Blusen  
Modelle  
etc.  
zu Räumungspreisen.

### Durchführung von Eilzügen.

Die zur Zeit zwischen Wiesbaden und Höchst a. M. verkehrenden Eilzüge 44 und 45 mit 1.-3. Klasse werden mit Genehmigung der Interalliierten Eisenbahnkommission ab Samstag, 9. August d. J. bis und ab Frankfurt a. M. durchgeführt. E 44 Wiesbaden ab 7.50, Mainz-Rastel ab 8.05, Höchst a. M. an 8.30, ab Frankfurt a. M. an 11.32, Höchst a. M. an 11.45, ab 11.55 vorm., Mainz-Rastel an 12.20, ab 12.30, Wiesbaden an 12.35 nachm.

Die Benutzung dieser Züge bis und ab Frankfurt a. M. ist nur mit vorchriftsmäßigen Ausweisen (sankt-conduits oder Grenzübertritts-karten) gestattet. Gepäckverkehr ist nicht zugelassen. Mainz, den 6. August 1919.

Eisenbahndirektion.

Genehmigt durch die Interalliierte Eisenbahn-Kommission der Rheinlande am 5. August 1919.

### Neuer Personenzug und Fahrplanänderung.

Vom 15. August d. J. ab wird einzeln: Zug 2.-4. Klasse 4015 (S) Wiesbaden ab 8.15, Pöngersschwalbach an 9.25 vorm. (Verkehrt nur Sonn- und Feiertags.)

Zug 4016 (S) Wiesbaden ab 6.40, Pöngersschwalbach an 7.51 vorm., fällt gleichzeitig aus. Mainz, den 6. August 1919.

Eisenbahndirektion Mainz.

Genehmigt am 30. Juli 1919 durch die Interalliierte Kommission der Eisenbahnen der Rheinlande.

### Verdingung.

Die Arbeiten zum Umbau des Bismarckweges Wiesbaden-Schierstein, Gemarkung Biedrich-Rh. und Schierstein, in eine Bezirksstraße sollen öffentlich in einem Los verdingt werden.

- Es umfassen im Wesentlichen:
1. 43 238 qm Bodenvermessung
  2. 17 600 qm Pflasterflächen zu befestigen
  3. 9 900 qm Entwässerung aufzubereiten
  4. 181 Stück Zementrohre versch. Weiten zu liefern
  5. 79 qm Beton der Mosbachbrücke herzustellen
  6. 3 947 qm Entwässerung herzustellen
  7. 559 qm Kleinfeldvermessung
  8. 475 qm Entwässerung Pflastersteine anzufahren

Das vorgeschriebene Angebotsheft ist gegen Mark 5.— von dem Landesbauamt Wiesbaden, Ballhofstraße 13, zu beziehen; dort liegen auch die Verdingungsunterlagen, vormittags von 9 bis 12 Uhr, zur Einsicht aus.

Die Angebote sind in verschlossener und mit der Aufschrift „Angebot Schiersteiner Straße“ versehenen Umschlag kostenfrei bis zum 19. August vormittags 10 Uhr, daselbst einzubringen.

Die Öffnung der Angebote erfolgt am 19. August, vormittags 11 Uhr, im Landeshaus, Zimmer 63.

Es werden nur Angebote von Unternehmern angenommen, die im Regierungsbezirk Wiesbaden ansässig sind.

Wegen der Absperzung können nur solche aus dem Bereich des Biedrich-Rh. zugelassen werden. Vollendungstermin 100 Tage.

Zuschlagsfrist 14 Tage.

Wiesbaden, den 4. August 1919.

Der Vorstand des Landesbauamts:  
Sauer.

### Ich arbeite

aus 150 Gramm gut ausgek. Frauenhaar

### einen Zopf

präpariert, entwirrt, für nur Mk. 7.—

### tadellos

Friseur Ress, Wiesbaden,  
Marktstr. 13

### Brennholz

Buchen und Eichenstamm und Koller

geschnitten oder ungeschnitten

kauft stets auch in größeren Posten

Karl Schwenk, Holzhandlung

Frankfurt am Main.

### Gummi-Strümpfe

nach Maß liefert wieder in la Qualität

P. A. Stoss Nachf., Taunusstraße 2,  
Tel. 227 u. 6327.

### Lacke

Friedensqualität, zu jedem Zweck, für Wagen und Schilde, Lackmalerei, Fußböden, Möbel alle Oelfarben, fertig zum Anstrich in nur bester Qualität billig.

Georg Spies-Schmitt, Mainz  
Farben- u. Lackfabrik, Neckarstrasse 3.  
Fernsprecher 570.



Kesselofen und Einsatzkessel  
Oefen und Herde  
Ersatzteile dazu.

Kochgeschirre

aus Eisen, Emaille, Aluminium

Verzinkte Geschirre aller Art.

M. Frorath Nachf.

Wiesbaden, Kirchgasse 24.

### Lehrstellen

für nachstehende Berufe zu begeben:  
Gärtner, Schmiede, Schlosser, Färber, Buchbinder,  
Tapezierer und Polsterer, Schreiner, Wagner,  
Schneider, Schuhmacher, Friseur, Glaser, Maler  
und Anstreicher, Tischler, Buchdrucker und Klebner

Stadt. Arbeitsamt, Abt. Lehrstellenvermittlung.

### Für Höchst a. Main Zeitungsträger

stetig und zuverlässig, gesucht.

Rheinische Volkszeitung.

Zu melden bei Schäfer, Papiergeschäft  
Kaiserstraße 7.

### Stellengefüge

Köchin, perf. i. Kochen, Backen  
und Einmachen, sucht  
Stellung. Beste auch a. 4. u.  
Höchst a. M. (Postf. 11).  
u. 4049 a. d. Gießstraße, d. Jg.

### Offene Stellen

Jünger Schuhmachergehilfe  
auf Hochstuhl sofort gesucht.  
Schering, Wiesbaden,  
Johannisbergstraße 1.

Gesucht ein älteres  
Mädchen oder  
Kriegerwitwe

zur Führung eines Haushaltes  
in kleinem Familienkreis im  
Taunus. Offerten mit An-  
gaben unter G. J. 100 an  
die Geschäftsstelle d. Ztg.

Braves, Mädchen  
gesucht per 15. August oder  
später. A. Hülbert, Elville,  
Schwalbacherstraße 4.

Reifes, lauberes,  
Kindermädchen

zu fünfjährigen Mädchen ge-  
sucht. W. Thormehlen,  
Schwalbach a. T., Bahnhofstr. 21.

Stütze oder Köchin  
in angenehmen Haushalt, bei  
guten Lohn, gesucht. Wies-  
baden, Mainzerstraße 38.

Vom 15. oder 31. August  
tucht. Kleinmädchen  
gesucht. Bei vortheilhafter  
Leistung Lohn 70 Mk.  
Cloud, Wiesbaden,  
Dombühlstr. 41.

Zwei tüchtige Mädchen  
für alle vorerwähnten Haus-  
und Küchenarbeiten gesucht.  
W. Thormehlen,  
Schwalbach a. T., Bahnhofstr. 21.  
Haus Unterhaus.

Berkaufe  
komplette  
Ladeneinrichtung

geeignet für Speisegeschäft,  
neu gelichtet, eichen, preis-  
wert zu verkaufen.  
Frau Antona Bieroth,  
Wiesbaden.

### Hofheim im Ts.

Größe 2 Hektar. Garten-  
und Baumanlagen mit  
44 traufbühnen Bäumen best.,  
a. 2. Bauland geeignet, zu ver-  
kauf. in d. Gießstraße, d. Jg.

Für Gemeinde oder  
Unternehmer!

### Dreschsaß

bestehend aus  
8/12 P. S. selbstfah-  
rendem Benzol-Motor,  
Dreschwagen, 1,50 m  
Trommelbreite u. Strohhin-  
der (Schnitzel-Schni-  
macher), auch einzeln  
zu verkaufen bei

Joh. Heuler,  
Helmstadt  
bei Pöngersschwalbach.

### Ankünfte

### Korken

Flaschen, Papier,  
Lumpen, Metalle

kaufen stets zu höchst. Preisen  
Häcker,  
Wiesbaden, Weidrichstraße 21  
Tel. 1930 Postf. 12. 1935.



In aller Ruh'  
Putzt Du im Nu  
Blitzblank die Schuh,  
Nimmst Du dazu

### Erdal

schwarz — gelb — braun

Alleinversteher:

Werner & Mertz, Mainz



Kaufe  
Altmaterial:

Lumpen, geprüfte Woll-  
lumpen, Papier zum Ein-  
kumpfen, Zeitungen und  
Metall. Zahle Höchstpreise

J. Bauer

Wiesbaden, Heinenstraße 18.  
Telephon 1832.

### Gutgehende

### Schuhmacherei

(Boden) sofort unter günstigen Bedingungen zu verkaufen.  
Kajane, Lederwalze, Reiften, Boden ist zu übernehmen und  
kann das Geschäft direkt weitergeführt werden.  
Anfragen bei Frau, Cleverstraße 1, III.

## Kakao

feinste amerikanische Ware, in verschiedenen Qualitäten  
zu äußersten Engrospreisen.  
Nur an Wiederverkäufer!

Dittmann & Co., Wiesbaden

Fernruf 6129 — Nikolastraße 7.

### Ich kaufe Frauenhaare

Ress, Wiesbaden,  
Marktstr. 13

### Wohnungsmarkt

### Älterer Herr

sucht einheim. möbl. (mügel)  
Zimmer, möglichst in Garten  
geleg., in ruhigem, besetzten  
Haus, event. außerhalb der  
Stadt. Bisheriger Mietsge-  
halt. Kleinmiete. Angebote  
mit Preis unter G. J. 5. 4034  
an die Geschäftsstelle d. Ztg.

Suchen leeres Zimmer  
in d. Haupt- u. Nebenstr. d. Jg.  
u. 4003 a. d. Gießstraße, d. Jg.

### Verchiedenes

### Verreise

bis Ende August  
Dr. Biermer  
Wiesbaden.

Dr. Hans Wicke  
verreist vom 2. Aug. bis  
25. August Vertreter für  
Allgemeine Praxis Herr  
Dr. Herz, Friedrichstr. 34  
Vert. für Frauenkrankh.  
Herr Dr. Reinhardt,  
Wiesb., Taunusstraße 5.

Prokurist  
Karl Greiff  
verreist  
nach Ost a. d. Mosel,  
Brand Hotel  
Steenenburg.

Staatsbeamter  
in der Gm. Wm., Auf 50,  
mit zwei erwachsenen  
Kindern, wünscht baldige  
Heirat

mit Heirats- oder kinderloser  
Witwe. Mitte 40er Jahre.  
Offerten mit Bild u. H. 54  
an die Geschäftsstelle dieser  
Zeitung.

Dachel  
haukel geübt abhanden ge-  
kommen. Nachr. an Bahnarzt  
Capita, Wiesb., Gießstraße 5  
oder Gießstraße-Kinderstraße 1.  
(Gute Belohnung).

Leinölfrüh-  
Erfah  
im Hof oder geteilt billig  
abzugeben. Otto Gail,  
Biedrich am Rhein.

Steintöpfe  
bis 80 Hk. Zul., p. Hk. 50 Pf.  
Kahntöpfe  
Steinkrüge  
Gefäßstränker

Julius Hoffath  
Schulberg 2, Bessert. 1956

Miet-Pianos  
Harmoniums Schmitz.  
Rheinstr. 52.

Bauschule Rastoda  
(Oldh.)  
Meister- u. Polierkurse  
Ausführ. Programm fre

### Höchst a. Main

Für die Rheinische Volkszeitung  
werden Belegungen auf  
Abonnements u. Anzeigen  
entgegengenommen bei

Heinrich Schäfer  
Papier- und Schreibwarenhandlung, Kaiserstraße 7.

### Englische Kets

von Houtley & Talmers, London.

### Schweizer Schokolade

von Kohler, in Original-Boxen  
für Wiederverkäufer eingetroffen.

Hermann Knapp  
Friedrichstraße 8, Wiesbaden, Telefon 6458

### Rüdesheim a. Rhein Hotel Mahmann

Direkt am Rhein. Beste, ebene Terrasse mit herr-  
lichem Fernblick. Eigner, großer Weinbergbesitz. Be-  
pflanzung in elddefamter Gärtnerei. Pension nach Vereinbarung.

### Kurhaus zu Wiesbaden

Freitag, 8. August, nachmittags um 4 Uhr:  
Abonnement-Konzert d. Stadt-Musikdirektion:  
Leitung: Koncertmeister W. Holz. 1. Herrlicher Marsch  
aus dem Ballett „Die Ratten von Athen“ (H. v.  
Weethoven). 2. Walzer-Ländler (Kaiser-Walzer). 3.  
Der uns z. Haus, Walzer (J. Strauß). 4. Momme  
mühsal (Fr. Schubert). 5. Großer Tanz. 6. Mit au-  
der Über „Toussaint“ (H. Herz). 7. Ouverture zur  
Oper „Die Entführung“ (L. Spontini). 8. Fantasie auf  
der Oper „Carmen“ (G. Bizet). 9. Abends 8 Uhr:  
Abonnement-Konzert. 1. Ouverture zur Oper „Kaiser-  
cavalier“ (H. Herz). 2. Sinfonie (Brahms). 3.  
Ouvertüre zum Ballett „Die Ratten von Athen“ (H. v.  
Weethoven). 4. Die Entführung (L. Spontini). 5. Zwei  
Sätze aus dem Ballett „Prometheus“ (H. v.  
Weethoven). 6. Ouverture zu „Jubel“ (H. Herz). 7. Fan-  
tatie aus der Oper „Carmen“ (G. Bizet).

### Taunnsbrunnen

### Grosskarben

Vielfach preisgekröntes Tafel- und  
Gesundheitsgetränk.

F. WIRTH G. m. b. H.

Mineralwasser - Großhandlung

Güterbahnhof-West Taunusstr. 22

Tel. 522

### Residenz-Theater

Freitag, den 8. August, abends um 7.30 Uhr:  
Die lustige Witwe. Operette in drei Akten von Richard  
Leoni und Leon Stein. Musik von Franz Lehar.  
Ende 10 Uhr.

Thalia-Theater Größtes, mod. Lichtspielhaus  
Mauritiusstr. 12 — Tel. 6137  
Erstaufführung! „Der Seelenkäufer“ Schau-  
spiel in 4 Akten. In der Hauptrolle: Fernand Aldor.  
Max, als Arzt wider Willen! Lustspiel in 2 Akten.  
Spielzeit 4—11, Sonntags 3—11 Uhr.

Kammerlichtspiele Intime Lichtbildbühne  
Mauritiusstr. 12 — Tel. 6137  
Neues Pathé-Programm in deutscher  
und französischer Textschrift! „Das Unter-  
seeauge“ Sensationsdrama in 5 Akten. Lustiges Be-  
programm. Spielzeit 4—11 Uhr. Sonntags 3—11 Uhr.